

# SPD Demokratischer pressediens

P/XXXII/47

9. März 1977

CDU-Kursänderung in der Deutschlandpolitik: Fehlanzeige  
-----  
CDU gibt weiter den tagespolitischen Ton in der Union an

Von Hans Koschnick  
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands

Seite 1 und 2 / 74 Zeilen

Ein guter Anfang ist gemacht  
-----

Große Übereinstimmung zwischen SPD und der neuen US-  
Regierung

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB (z.Zt. Washington)  
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 / 28 Zeilen

Doppelmandat eingeschränkt handhaben !  
-----

Trennung von Parlamentsmandat und Regierungsamt nicht  
vernachlässigen

Von Horst Seefeld MdB  
Obmann der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Seite 4 und 5 / 61 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausanschl. 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 90 38-99  
Telex: 03 88 046-48 psbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 6511  
5300 Bonn-Bad Godesberg

CDU-Kursänderung in der Deutschlandpolitik: Fehlanzeige

CDU gibt weiter den tagespolitischen Ton in der Union an

Von Hans Koschnick

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Deutschlandtag des 25. Bundesparteitages der CDU brachte in der Substanz nicht die von der Öffentlichkeit erhoffte Kursänderung.

Zwar wurde in den drei Gastreferaten von CDU-nahen Wissenschaftlern der Eindruck von Aufgeschlossenheit vermittelt. Wichtige Passagen der Referate waren von bedeutendem Realitätsinn, die auf weiten Strecken den Grundpositionen der sozialliberalen Koalition glichen:

- Prof. Gasteyger sagte u.a.: "Gerade weil es vorläufig keine echte Alternative zur gegenwärtigen DDR gibt, muß diese akzeptiert werden. Das bedeutet einmal, daß sie nicht unnötig zusätzlich verunsichert werden sollte. Die letzten Monate haben gezeigt, daß sie darauf nur mit neuer Verkrampfung und Verhärtung reagiert. Den Preis dafür hat nicht das Regime, sondern die ostdeutsche Bevölkerung zu zahlen."
- Auch in aktuellen Fragen, die durch die Einführung von Straßennutzungsgebühren aufgeworfen sind, mußte sich die CDU bittere Wahrheiten ins Stammbuch schreiben lassen. So Professor Erdmann: "Eine allgemeine Trotzreaktion auf diese Schikane, die vorgesehene menschliche Begegnungen nicht zustande kommen ließe, würde eher, so verständlich sie ist, genau den Absichten jener entgegenkommen, die den Gedankenaustausch von Deutschen mit Deutschen möglichst in engen Grenzen halten möchten."
- Auch vom Standpunkt christlicher Ethik mußte sich der CDU-Parteitag einiges anhören. Pfarrer Dr. Theodor Schubar, Präsident des Diakonischen Werkes: "Uns ist weder ein Verharmlosen noch ein Dramatisieren der Situation in der DDR (erlaubt), es gebietet aber die Bereitschaft zum schmerzhaften Umdenken aus der Betroffenheit über eigene geschichtliche Mitschuld und vielfaches Versagen. Ein berechnend vorgetragener Zweckoptimismus wäre genau so unwahr wie ein freilich unschwer aus Zahlen und Fakten (etwa über die Not der von bestimmten Ausbildungsgängen ausgesperrten jungen Christen) zu aktualisierendem Zweckpessimismus... gerade dem Politiker muß das Ziel der Versöhnung der Völker und Gruppen in Frieden und Gerechtigkeit über allem kurzschlüssigen Umgang mit der Macht stehen."

Alle Diskussionsredner des CDU-Parteitages - unter ihnen Abelein, Barzel, Carstens, Czaja, Mupka, Lorenz, Mertens, Windelen, von Wrangel -

setzten sich von diesen Einsichten ab und diskutierten im alten Geist.

Die vom Parteitag gegen zwei Stimmen bei einer Enthaltung angenommene EntschlieÙung "Deutschlandpolitische Grundlinien der CDU" enthält keinen Ansatz einer Neuorientierung:

- Der Text drückt sich um die Realitäten herum, die seit dem Beginn der Entspannung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika die Entwicklung in Europa prägen. So erklärt sich, daß das Friedensziel der Versöhnung überhaupt nicht auftaucht, Werten wie Entspannung der Ton provokatorischen Auftrumpfens unterlegt und das Ziel einer gesamteuropäischen Friedensordnung von den heute notwendigen Anstrengungen gelöst wird. Der Grundlagenvertrag mit der DDR wird bei der detaillierten Aufzählung der Grundlagen der Deutschlandpolitik der CDU ignoriert.
- Zu einer Deutschlandpolitik aus einem GuB gehören die deutschlandpolitischen Elemente des Warschauer Vertrages. Dieser wird ebenfalls ignoriert. Ebenso wenig wird die Unverletzlichkeit der Grenze an Oder und Neisse erwähnt. Wer ausschließlich den Aspekt des Vertretungsrechts der Bundesrepublik für die in Polen lebenden Deutschen gegenüber Polen hervorhebt und sonst nichts, macht sich unfähig zur Versöhnung.
- Einer der auffälligsten Widersprüche in der EntschlieÙung ergibt sich aus dem Nebeneinander der Bereitschaft zu Gesprächen, Verhandlungen und Vereinbarungen mit der DDR einerseits und der Absicht, die DDR in der Frage der Menschenrechte auf die Anklagebank zu setzen, andererseits.

Der CDU-Parteitag offenbarte:

Die CDU ist dabei geblieben, ihre Deutschlandpolitik auf den innenpolitischen Schlagabtausch in der Bundesrepublik Deutschland zuzuschneiden. Auch künftig wird die CSU im Bündnis mit konservativ-reaktionären Kräften in der CDU den tagespolitischen Ton in der formalen Unions-Fraktion angeben.

Auf dem Parteitag wurde eine von Gerold Tandler autorisierte CSU-Broschüre verbreitet, in der die tatsächliche Denkweise der Unions-Mehrheit zur Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition deutlich wird: Diese sei "eine Sache für den Staatsanwalt". Der Zeitpunkt des Erscheinens war Maßarbeit - das Vorwort von Tandler ist datiert vom März 1977.

Der Preis für die Wahrung der formalen Einheit der Unions-Fraktion ist, daß die Fußkranken noch stärker als bisher das Tempo und die Blinden die Marschrichtung bestimmen. (-/9.3.1977/va/1a)

+ + +

Ein guter Anfang ist gemacht

Große Übereinstimmung zwischen SPD und der neuen US-Regierung

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB (z.Zt. Washington)  
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der SPD-Vorsitzende und Präsident der Sozialistischen Internationale, Bundeskanzler a.D. Willy Brandt, ist gestern in Washington mit Präsident Jimmy Carter, Vizepräsident Mondale und dem Sicherheitsberater des Präsidenten, Prof. Brzezinski, zusammengetroffen, nachdem er bereits tags zuvor mit Außenminister Vance ein eingehendes Gespräch geführt hatte.

Willy Brandt hatte gestern und heute Gelegenheit zu einem ausführlichen Meinungsaustausch mit der neuen amerikanischen Führung, zu einem Zeitpunkt, an dem diese dabei ist, ihre grundsätzlichen Positionen in Programme für eine operative Politik umzusetzen. Zu den Gesprächsthemen gehörten die Fragen des Ost-West-Verhältnisses ebenso wie die des Nord-Süd-Verhältnisses, Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, der Entspannung, der Rüstungsbegrenzung und der Rüstungskontrolle.

In der Frage der Menschenrechte bestand Übereinstimmung sowohl in dem Bekenntnis zu den gemeinsamen Wertgrundlagen der europäischen und der amerikanischen Tradition als auch hinsichtlich der Notwendigkeit einer friedliebenden Politik, die sich an realen Fortschritten für die Rechte der Menschen überall in der Welt orientiert. Die Fragen des Exports nuklearer Technologie, deren Behandlung auf allen Seiten große Behutsamkeit erfordert, wurde in den Gesprächen Willy Brandts mit der amerikanischen Führung nur gestreift.

Die Gespräche haben gezeigt, daß das traditionell gute deutsch-amerikanische Verhältnis auch unter der neuen Administration vertrauensvoll offen wird und daß es zwischen dem neuen amerikanischen Präsidenten und der deutschen Sozialdemokratie eine eher noch größere Übereinstimmung in politischen Grundsatzfragen geben dürfte.

Der Besuch Willy Brandts in Washington war ein guter Anfang in einer neuen Runde deutsch-amerikanischer Kooperation in einer Zeit, die viele neue Sorgen, aber auch neue Hoffnung in sich trägt. (-/9.3.1977/va/10)

+ + +

Doppelmandat eingeschränkt handhaben !  
-----

Trennung von Parlamentsmandat und Regierungsamt nicht vernachlässigen

Von Horst Seefeldt MdB

Obmann der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Über 15 Jahre lang mußten die Bürger der Europäischen Gemeinschaft vergeblich auf die Verwirklichung der allgemeinen Volkswahlen zum Europäischen Parlament warten. Trotz deprimierender Rückschläge angesichts der Hinhaltenetaktik einiger Mitgliedsregierungen ist das politische Interesse der breiten Öffentlichkeit an diesen Wahlen weder bei uns noch in den anderen Mitgliedsstaaten niemals völlig erlahmt. Obwohl alle unsere Mitbürger wissen, wie eingeschränkt heute die politischen Befugnisse dieses Parlaments sind und auch nach der Wahl noch sein werden, verspricht sich längst die ganz überwiegende Mehrheit unserer Mitbürger einen entscheidenden Wandel und substantiellen Fortschritt im Prozeß der europäischen Integration und im institutionellen Gefüge der Gemeinschaft.

Dieser Funke, den Willy Brandt mit der Anmeldung seiner Kandidatur zur Europawahl als erster neues Leben gegeben hat, ist nun offenbar auch auf andere führende deutsche Politiker überggesprungen. Ihre bis dahin wohl berechtigte Skepsis ist dem Gefühl gewichen, hier beginne nun eine Entwicklung in eine neue Ära hinein, die es zu unterstützen gelte. So wichtig es ist, daß gerade die Leitbilder deutscher Politik ihre Arbeit und ihre Person mit der Stärkung des parlamentarisch-demokratischen Elements auf europäische Ebene identifizieren, so ist hier doch zu beachten, daß gerade Persönlichkeiten in aller Regel auch deutsche Staatsämter bekleiden oder bekleiden wollen.

Noch liegt die Macht in der Europäischen Gemeinschaft eben doch beim Rat und das heißt bei den Mitgliedsregierungen, die ihr Mandat und ihre Basis in den nationalen Parlamenten halten. Bei ihren Arbeiten zur Vorbereitung der deutschen Europawahl-Gesetzgebung hat die SPD-Fraktion die Problematik der Koordinierung von parlamentarischer Arbeit auf nationaler und europäischer Ebene sehr wohl berücksichtigt.

Gerade in der ersten Phase nach der Europawahl wird das europäische Parlament auf die Unterstützung der nationalen Parlamente nicht verzichten

können, gilt es doch, echte parlamentarische Befugnisse auf europäischer Ebene überhaupt erst zu verankern. Gerade in dieser Phase ist auch eine enge Verbindung mit dem politischen Willen der nationalen Parteien und Parlamentsfraktionen wichtig. Die nationalen Parteien - unter ihnen als erste die Sozialdemokraten und Sozialisten - haben durch die Gründung transnationaler Bünde und Parteistrukturen die ersten organisatorischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit im direkt gewählten Parlament zu schaffen begonnen. - Die Mitglieder des europäischen Parlaments werden ihre Rückendeckung und Verbindung zu den nationalen Parlamenten sichern müssen, wo die bisher größere Erfahrung und Kenntnis hinsichtlich der oft ins Detail gehenden Gesetzgebungsarbeit vorliegt und von wo sie zusätzlich Unterstützung gegenüber dem Ministerrat erhalten können. Wenn Doppelmandate im Europäischen Parlament und im Bundestag aber überwiegen, dann liegt schon funktional die Versuchung nahe, bedeutsame europapolitische Entscheidungen auch weiterhin im nationalen Rahmen zu treffen und damit indirekt die europäische parlamentarische Ebene zu schwächen.

Dieses Problem hat die Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion gesehen. Sie hat darüber hinaus ausgeschlossen, daß ein europäischer Abgeordneter gleichzeitig in einem Gremium des Ministerrats sitzen könnte. Dies trifft für die Parlamentarischen Staatssekretäre zu, die recht häufig ihre Minister im Rat vertreten müssen und damit die Trennung der Gewalten verwischen und unfreiwillig die Einführung des Prinzips von "Checks and Balances" auf europäischer Ebene vereiteln könnten. Dies gilt auch für die Amtsinhaber auf Landesebene: Es wäre bei unserem Verfassungsverständnis untragbar, wenn im Europäischen Parlament der Ministerpräsident oder auch nur der Minister eines deutschen Bundeslandes an Entscheidungen mitwirkte, die er nachher nochmals im Bundesrat zu beraten und anschließend selbst durchzuführen hätte.

Das von den Völkern direkt gewählte Europäische Parlament wird sich ebenso davor zu hüten haben, freischwebend Politik machen zu wollen, wie davor, das verfassungspolitische Feingefühl zu vernachlässigen, das wir im nationalen Rahmen entwickelt haben und gewohnt sind. (-/9.3.1977/va/1a)